



HEINRICH BÖLL STIFTUNG



Gerechtigkeits-Kongress

Nach der Wahl:

Zur politischen Orientierungskraft eines umkämpften Ideals

18. und 19. November 2005

Literaturhaus Stuttgart

Anerkennung – Armut – Ausgrenzung – Chancengerechtigkeit - Erneuerte Linke – Exklusion
– Generationengerechtigkeit – Geschlechtergerechtigkeit - Gleiche Freiheit – Gleichheit –
Grundsicherung – Inklusion - Internationale Gerechtigkeit – Lebensstandardsicherung –
Leistungsgerechtigkeit - Neue soziale Frage - Parteinahme für die Schwachen – Respekt -
Solidarische Mitte – Solidarität - Soziale Gerechtigkeit – Teilhabegerechtigkeit –
Umverteilung – Umweltgerechtigkeit – Ungleichheit – Unterklasse – Unterschicht –
Verteilungsgerechtigkeit - Zugangsgerechtigkeit

mit

Dieter Birnbacher - Reinhard Bütikofer - Christoph Butterwegge - Uschi Eid - Erhard Eppler -
Rainer Forst - Ralf Fücks - Sven Giegold - Katrin Göring-Eckardt – Stefan Gosepath - Wilfried
Hinsch - Thomas Kesselring - Regina Kreide - Winfried Kretschman - Renate Künast –
Herlinde Pauer-Studer - Andreas Renner - Manuela Rottmann – Olaf Scholz - Peter Siller -
Jörg Tremmel – Claus Wendt

Liebe Leserin,
Lieber Leser,

genau zwei Monate nach den Bundestagswahlen wollen wir uns mit den grundlegenden politischen Orientierungen nach dem Gezeitenwechsel beschäftigen. Dabei stellen wir den Begriff der Gerechtigkeit ins Zentrum, denn hier lassen sich wie nirgendwo anders die Grundlagen und die Unterschiede der politischen Strömungen festmachen. Entlang welchen Gerechtigkeitsvorstellungen orientiert sich die sozialdemokratische oder ökologische Linke unter den neuen Bedingungen? Kristallisiert sich auf konservativer Seite ein eigener Begriff der Solidarität heraus oder wird dieser peu à peu verabschiedet? Und wie stellen sich die Liberalen zur Forderung nach mehr Gerechtigkeit.

In den beiden Eröffnungsvorträgen am Freitag fragen wir sehr grundsätzlich: *"Was heißt Gerechtigkeit heute?"* Welche Orientierungskraft besitzt dieser Begriff und welche Erweiterungen sind notwendig? Mit Rainer Forst (*Kontexte der Gerechtigkeit*) ist es uns gelungen, einen Hauptprotagonisten der aktuellen Gerechtigkeitsdebatte zu gewinnen. Es ist eine spannende Auseinandersetzung zu erwarten.

Auf dem Abendpodium werfen wir dann einen Blick auf den sozialen Zustand unserer Gesellschaft und stellen die *"neue soziale Frage"*. Soziale Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit und Bildungsarmut sind Phänomene, die seit einiger Zeit unter dem Label der "neuen sozialen Frage" zusammengefasst werden. Doch welche Problembeschreibungen und welche Lösungsansätze damit verbunden sind – darüber gehen die Meinungen weit auseinander. Die einen sprechen von "Unterklasse", die anderen von den "Ausgeschlossenen". Die einen wollen "Chancen" und "Teilhabe", die anderen wollen den Begriff der Verteilungsgerechtigkeit nicht aufgeben. Es diskutieren und streiten Heinz Bude, Renate Künast, Stefan Gosepath, Claus Wendt und Rainer Forst.

Im ersten Streitgespräch am Samstag Morgen zur *"Internationalen Gerechtigkeit"* fragen wir nach unseren Gerechtigkeitsverpflichtungen im internationalen Raum. Inwieweit spielt der Anspruch der internationalen Gerechtigkeit in der politischen Praxis überhaupt eine Rolle? Und was kann Gerechtigkeit jenseits der staatlichen Organisationsformen heißen? Im Gespräch sind Uschi Eid, Thomas Kesselring, Sven Giegold und Wilfried Hinsch.

Im zweiten Streitgespräch zur *"Generationengerechtigkeit"* geht es um die Erweiterbarkeit von Gerechtigkeit auf der Zeitachse. Die rot-grüne Regierung hat sich den Begriff der "Nachhaltigkeit" auf die Fahnen geschrieben. Inwieweit wurde dieser Anspruch eingelöst und wie geht es jetzt weiter? Welche Verpflichtungen haben wir eigentlich für zukünftige Generationen? Ist der oft herbeigeschworene "Generationenkrieg" berechtigt oder handelt es sich hierbei eher um eine PR-Strategie der "Generation Golf"? Dazu sprechen Dieter Birnbacher, Katrin Göring-Eckardt, Jörg Tremmel, Christoph Butterwege und Winfried Kretschmann.

Auf dem Abschlusspodium *"Auslaufmodell Staat?"* sprechen wir schließlich über eine der zentralen Fragen im Kontext der Gerechtigkeit: über die Rolle des Staates. Die Regulierungsmacht des Staates gerät immer stärker unter Druck, tatsächlich durch die Globalisierung, ideologisch durch den Neoliberalismus. Während die einen versuchen, die staatliche Gestaltungshoheit zurückzugewinnen, setzen die anderen auf Deregulierung oder auf Subsidiarität. Die Kämpfe toben dabei nicht nur zwischen sondern auch in den verschiedenen Parteien und ein Ende ist nicht in Sicht. Auf dem Abschlusspodium kommen in erster Linie die Politiker zu Wort. Wir sind gespannt auf die Standpunkte von Reinhard Bütikofer, Andreas Renner, Olaf Scholz, Erhard Eppler und Herlinde Pauer-Studer.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und eine lebendige und aufschlussreiche Tagung in Stuttgart!

Mit freundlichen Grüßen

Peter Siller Manuela Rottmann Gerhard Pitz Ralf Fücks

Programm

Freitag, 18. Nov. 05, 17.00 – 18.30 Uhr
Eröffnungsvorträge

Was heißt Gerechtigkeit heute? Orientierungskraft und Erweiterungen

Rainer Forst, Uni Frankfurt am Main
Ralf Fücks, Heinrich-Böll-Stiftung

Moderation: *Peter Siller, Auswärtiges Amt*

Freitag, 18. Nov. 05, 19.00 – 22.00 Uhr
Podium

Neue soziale Frage Ausgrenzung, Teilhabe und Umverteilung

Ralf Fücks, Heinrich-Böll-Stiftung
Renate Künast, MdB, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag
Stefan Gosepath, Uni Gießen
Claus Wendt, Europäisches Zentrum für Sozialforschung Mannheim
Rainer Forst, Uni Frankfurt am Main

Moderation: *Peter Siller, Auswärtiges Amt*

Samstag, 19. Nov. 05, 9.30 Uhr – 11.15 Uhr
Streitgespräch 1

Internationale Gerechtigkeit Gerechtigkeitsverpflichtungen im internationalen Raum

Uschi Eid, MdB Grüne
Thomas Kesselring, Uni Bern
Sven Giegold, Attac
Wilfried Hinsch, Uni Saarbrücken

Moderation: *Regina Kreide, Uni Frankfurt am Main*

Samstag, 19. Nov. 05, 11.45 Uhr – 13.30 Uhr
Streitgespräch 2

Generationengerechtigkeit Gerechtigkeitsverpflichtungen für die Zukunft

Dieter Birnbacher, Uni Düsseldorf
Katrin Göring-Eckardt, MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages
Jörg Tremmel, Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Christoph Butterwegge, Uni Köln
Winfried Kretschmann, MdL Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg

Moderation: *Manuela Rottmann, DIfU Berlin*

Samstag, 19. Nov. 05, 14.30 – 16.30 Uhr
Abschlusspodium

Auslaufmodell Staat? Gerechtigkeit und die Rolle des Staates

Reinhard Bütikofer, Vorsitzender Bündnis 90/ Die Grünen
Andreas Renner, Minister für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg
Olaf Scholz, MdB, parlamentarischer Geschäftsführer SPD-Bundestagsfraktion
Erhard Eppler, SPD
Herlinde Pauer-Studer, Uni Wien

Moderation: *Ralf Fücks, Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung*

Freitag, 18. November 2005, 17.00 – 18.30 Uhr

Eröffnungsvorträge

Was heißt Gerechtigkeit heute? Orientierungskraft und Erweiterungen

Rainer Forst, Uni Frankfurt am Main

Ralf Fücks, Heinrich-Böll-Stiftung

Moderation: *Peter Siller, Auswärtiges Amt*

Die Debatte um die Gerechtigkeit ist in die politische Sphäre Deutschlands zurückgekehrt. Schon vor Jahren angeschoben durch die Renaissance der Gerechtigkeitstheorie kommt nun die Wahrnehmung einer sozialen Realität hinzu, die durch Massenarbeitslosigkeit, Bildungsmisere und Sozialreformen gekennzeichnet ist.

Im politischen Raum der Bundesrepublik wird Gerechtigkeit bis heute im Wesentlichen mit Verteilungsgerechtigkeit identifiziert. Bezugspunkt der Verteilungsgerechtigkeit wiederum ist – ganz gleich ob strikt egalitär orientiert, bedarfsorientiert oder leistungsorientiert – primär die Frage der materiellen bzw. finanziellen Ausstattung, meist verstanden als individueller Transferanspruch. In der aktuellen Debatte treten nun eine Vielzahl von Gerechtigkeitsforderungen auf, die ergänzend oder alternativ ins Feld geführt werden.

Gerechtigkeit – so eine These – muss sich in räumlicher und zeitlicher Hinsicht erweitern. Internationale Gerechtigkeit und Generationengerechtigkeit sind hier die entscheidenden Stichpunkte. Des Weiteren versucht der Gerechtigkeitsdiskurs darauf zu reagieren, dass die Klassen- und Schichtenanalyse vergangener Zeiten zu grob und zu antiquiert ist, um die unterstützungsbedürftigen Subjekte der Gerechtigkeit in den Blick zu bekommen. Soziale Unsicherheit und Benachteiligung lässt sich oftmals quer zur traditionellen Klassen- und Schichtenanalyse bei Gruppen festmachen, die mit besonderen Eigenschaften oder Situationen konfrontiert sind: Alleinerziehende Mütter, Jugendliche ohne Schulabschluss, MigrantInnen, ältere Menschen ohne Aufgabe, arbeitslose AkademikerInnen etc. Diese beiden Aspekte spielen eine zentrale Rolle im Rahmen des "Erweiterten Gerechtigkeitsbegriffs" von Axel Honneth und anderen.

Gerechtigkeit - so eine weitere These - ist nicht nur durch "Teilhabe am Haben" induziert, sondern auch durch Teilhabe an Bildung, Arbeit, demokratischer Mitsprache etc. Schon seit den 1980er Jahren erlangen ‚neue‘ soziale Ungleichheiten verstärkt politische Aufmerksamkeit, die sich nicht primär an der materiellen Ausstattung festmachen, sondern eher an immateriellen Gütern wie: Arbeit und Bildung oder auch an askriptiven Merkmalen wie Alter, Generationszugehörigkeit, Familie, Kindern, Geschlecht oder Ethnizität.

Zudem reagiert der Gerechtigkeitsdiskurs auf eine gesellschaftliche Situation, in der auf Grund von Globalisierung und Postindustrialismus die staatliche Regulierungskraft sinkt. Wir erleben seit Jahren einen internationalen Steuer- und Standortwettbewerb, der die steuerlichen Realerträge in den Keller drückt und staatliche Handlungsspielräume extrem beschneidet. Vor diesem Hintergrund wurde die These formuliert, Gerechtigkeit ziele lediglich darauf krasse Ausgrenzungs- und Armutsverhältnisse zu beheben - nicht aber darauf, graduelle Wohlstandsunterschiede zu thematisieren.

Schließlich wurde Gerechtigkeit über die Begriffe der Teilhabegerechtigkeit oder Chancengerechtigkeit gegen den Gedanken staatlicher Verteilung in Stellung gebracht. Teilhabe war in dieser Lesart nah an dem wirtschaftsliberalen Gedanken, man müsse die Chance haben, "ins Spiel zu kommen", in das Bildungssystem, in den Arbeitsmarkt – alles andere sei individuelles Schicksal. Hinzu kam die Vorstellung, dass Teilhabechancen nicht durch die materielle Ausstattung tangiert seien, sondern eher durch individuelle Defekte wie etwa "mangelnden Arbeitswillen", "kaputte Familienverhältnisse" oder "ungesunde Ernährung", die sich nicht durch einen höheren Individualtransfer beheben ließen.

Nimmt man all diese Gerechtigkeitskontroversen – und die daraus folgenden Interpretationen und Akzentuierungen zusammen – so zeigt sich der immense Klärungsbedarf. Um so größer die Herausforderung: Was könnte Gerechtigkeit sinnvollerweise bedeuten? Welcher normative Status kommt ihr zu und welche praktisch-politischen Konsequenzen ergeben sich aus ihrem Anspruch?

Freitag, 18. November 2005, 19.00 – 22.00 Uhr

Podium

Die neue soziale Frage

Ausgrenzung, Teilhabe und Umverteilung

mit

Ralf Fücks, Heinrich-Böll-Stiftung

Renate Künast, MdB, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag

Stefan Gosepath, Uni Gießen

Claus Wendt, Europäisches Zentrum für Sozialforschung Mannheim

Rainer Forst, Uni Frankfurt am Main

Moderation: Peter Siller, Auswärtiges Amt

Die Begriffe der „neuen sozialen Frage“ und der „sozialen Exklusion“ haben im Moment in Soziologie, Politikwissenschaften und Feuilleton Konjunktur. Gemeint ist damit der Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen von zentralen gesellschaftlichen Gütern wie Bildung oder Arbeit und die Notwendigkeit einer Politik, die Teilhabe daran ermöglicht. Hinzu kam in jüngerer Zeit die umstrittene Diagnose von einer „neuen Unterschicht“, die sich nicht mehr durch materielle Armut auszeichne, sondern durch Bildungsarmut, Arbeitslosigkeit und Gesundheitsprobleme.

Wie lässt sich die soziale Situation in der Bundesrepublik angemessen beschreiben? Gibt es in Deutschland eine „neue Unterschicht“? Gar eine neue Klassengesellschaft? Mit welchen Mitteln wollen/müssen wir auf die soziale Schieflage antworten? Was heißt „Teilhabe“ und wie können wir tatsächlich Zugänge eröffnen? Welche Rolle spielt dabei die Finanzierungsfrage und damit die Frage der Umverteilung? Welches Steuer- und Beitragssystem ist dafür notwendig? Und wie begegnen wir den sozial schlechter Gestellten? Emanzipatorisch? Ermutigend? Erzieherisch?

Hinzu kommen konkretere Anfragen an die Politik: In der Debatte um die Hartz-Gesetze, wurde der Paradigmenwechsel weg von der Lebensstandardsicherung hin zur Grund-sicherung proklamiert. Inwieweit ist diese These gerechtfertigt? Und welche weiteren Schritte werden/sollten folgen? Einigkeit besteht darin, dass in der Bildung Weichen für gesellschaftliche Ausgrenzung und Teilhabe gestellt werden. In der Diskussion ist etwa der Vorschlag einer integrativen Schule, in der alle Schüllerinnen und Schüler bis zur neunten Klasse differenziert nach unterschiedlichen Begabungen unter einem Dach lernen. Welche konzeptionellen und institutionellen Weichenstellungen brauchen wir, um dem Ideal einer gerechten Gesellschaft näher zu kommen? Eine abendfüllende Frage, auf die Soziologen, Philosophen und eine Politikerin antworten werden.

Referentinnen und Referenten



Rainer Forst, geboren 1964, Professor für Politische Theorie und Ideengeschichte am Institut für Politikwissenschaft sowie am Institut für Philosophie der Goethe-Universität in Frankfurt/Main; promovierte 1993 bei Jürgen Habermas mit einer vielbeachteten Arbeit zu Theorien politischer und sozialer Gerechtigkeit (*Kontexte der Gerechtigkeit*, 1994). Anschließend wissenschaftl. Assistent am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU Berlin; seit 1996 Wissenschaftl. Assistent am Institut für Philosophie der Universität Frankfurt/Main. In den Jahren 1995/96 und 1999 Gastprofessuren an der Graduate Faculty der New School for Social Research in New York inne. 2003 habilitierte er sich im Fach Philosophie mit der Arbeit *Toleranz im Konflikt*. Zur Zeit Theodor-Heuss-Professur an der Graduate Faculty der New School University in New York. *Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit* (2005 Suhrkamp).



Ralf Fücks, geboren 1951, ist im Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. 1985-1989 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. 1989 – 1991 Sprecher des Bundesvorstandes der GRÜNEN 1991 kehrte er in die Bremer Politik zurück und wurde Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz sowie Bürgermeister in der Bremer "Ampelkoalition", die 1995 am Konflikt mit der FDP über die Stadtentwicklungs- und Flächenpolitik zerbrach.



Claus Wendt, geboren 1968, studierte in Heidelberg und Leicester Politische Wissenschaften und VWL. 2003 Promotion am Institut für Soziologie der Uni Heidelberg; 2003 - 2005 Senior Fellow an der Uni Bremen; z. Z. Mitarbeiter am Zentrum für Europäische Sozialforschung Mannheim, Bereich *Die europäischen Gesellschaften und ihre Integration*. Veröffentlichungen u.a. *Krankenversicherung oder Gesundheitsversorgung? Gesundheitssysteme im Vergleich* (2003); *Das Weber-Paradigma. Studien zur Weiterentwicklung von Max Webers Forschungsprogramm* (Hrsg. Albert, Bienfait, Sigmund, 2005)



Stefan Gosepath, geb. 1959, Prof. für Praktische Philosophie an der Uni Gießen, studierte Philosophie, Geschichte und Germanistik in Tübingen, Berlin und Harvard. 1988-2000 wiss. Mitarbeiter, nach der Promotion 1992 wiss. Ass. für Philosophie an der HdK Berlin; 1996 Visiting Fellow an der Columbia University, der New York University und in Harvard. Projektmitarbeit an der Universität St. Gallen von 2001 bis 2002; Habilitation 2002; z.Z. Privatdozent für Philosophie an der FU Berlin mit Vertretungsprofessuren in Gießen, Wien und Potsdam. Veröffentlichungen u. a.: *Aufgeklärtes Eigeninteresse. Eine Theorie theoretischer und praktischer Rationalität* (1992), *Gleiche Gerechtigkeit. Grundlagen eines liberalen Egalitarismus* (2004); *Motive, Gründe, Zwecke. Theorien praktischer Rationalität* (1999). *Philosophie der Menschen-rechte* (1998). *Weltrepublik. Demokratie und Globalisierung* (2002).



Renate Künast, geb. 1955, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag; studierte Sozialarbeit an der FH Düsseldorf; 1977 - 1979 Sozialarbeiterin in der JVA Berlin-Tegel; danach Jurastudium in Berlin; Abschluss 1985 mit dem zweiten Staatsexamen als Rechtsanwältin; Mitglied der AL Berlin seit 1979; seitdem in verschiedenen Funktionen für die Partei tätig; während der rot/grünen Koalition in Berlin 1989/90 Fraktionsvorsitzende; nach dem Ende des rot/grünen Senats Abgeordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bis 1993 und 1998 bis 2000 als deren Vorsitzende, dazwischen rechtspolitische Sprecherin; von Juni 2000 bis März 2001 Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, anschl. bis September 2005 Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft.



Moderation

Peter Siller, geboren 1970, Mitglied des Planungsstabes im Auswärtigen Amt; Studium der Rechtswissenschaften und Philosophie. 2000 bis 2002 wissenschaftl. Mitarbeiter im Vorsitzendenbüro der grünen Bundestagsfraktion und Mitglied der Grundsatzprogrammkommission. Seit 2003 geschäftsführender Vorsitzender der Grundsatzkommission von Bündnis 90/Die Grünen, daneben Vorstandssprecher der Grünen Akademie. Ausgewählte Veröffentlichungen: *Rechtsphilosophische Kontroversen der Gegenwart* (1999), *Politik als Inszenierung* (2000), *Zukunft der Programmartei* (2002).

Samstag, 19. November 2005, 9.30 Uhr – 11.15 Uhr

Streitgespräch 1

Internationale Gerechtigkeit

Gerechtigkeitsverpflichtungen im internationalen Raum

mit

Uschi Eid, MdB Grüne

Thomas Kesselring, Uni Bern

Sven Giegold, Attac

Wilfried Hinsch, Uni Saarbrücken

Moderation: Regina Kreide, Uni Frankfurt am Main

Eine zentrale Erweiterung des Gerechtigkeitsmaßstabs besteht darin, Gerechtigkeit über die nationalen Grenzen hinaus zu denken. Spätestens mit der Globalisierungsdebatte Mitte der neunziger Jahre wurde allgemein anerkannt, dass sich weder internationale noch innergesellschaftliche Gerechtigkeitsfragen allein aus nationaler Perspektive beantworten lassen. An die Stelle klassischer "Entwicklungshilfe" trat das Konzept der "globalen Strukturpolitik", in der eine Reform supranationaler Institutionen wie der WTO, der Weltbank oder des IWF im Vordergrund steht.

Die rot-grüne Bundesregierung hat für sich in diesem Bereich eine besondere Aufmerksamkeit reklamiert. Was ist in den letzten sieben Jahren wirklich passiert? Und was ist für die nächsten Jahre zu erwarten?

Mit dem ökonomischen Aufstieg der Schwellenländer wie Indien oder China haben sich bevölkerungsreiche Länder aufgemacht, aus der Armutsfalle herauszutreten und den Wohlstandsrückstand zu den westlichen Ländern aufzuholen. Ein großer sozialer Fortschritt und zugleich eine Herausforderung für die Wirtschaftsweise der westlichen Länder, die zu einer verallgemeinerbaren Form des Ressourcen- und Energieverbrauchs kommen müssen.

Doch was heißt eigentlich "Internationale Gerechtigkeit"? Gerechtigkeit zwischen allen Menschen? Gerechtigkeit zwischen den Nationen? Wie weit reicht unsere Solidaritätspflicht? Wie verhält sich Solidarität mit dem Prinzip der Souveränität der Nationen? Welche Effekte hat die ökonomische Globalisierung auf die soziale Situation der Menschen? Und welche Institutionen braucht eine Politik der Internationalen Gerechtigkeit, um ihre Ziele durchzusetzen?

Unsere Referentinnen und Referenten aus Bundestag und Attac, Politikwissenschaftler, Philosophie und Journalismus versprechen eine interessante und spannende Debatte zu einem wichtigen Aspekt der Gerechtigkeit.

Referentinnen und Referenten



Sven Giegold, geboren 1969, ist Sprecher der Attac AG Steuerflucht und Steuerpolitik. 1996 bis 1999 Aufbau Ökologisches Zentrum in Verden: Mitglied der Planungsgruppe - zuständig für Finanzierung, Betreuung ethische GeldanlegerInnen und Rechtsfragen. 2000 Gründung von Share e.V. und Mitgründung von Attac Deutschland. 2001-2004 Mitglied Koordinierungskreis von Attac Deutschland. 2002 Mitinitiierung des großen Kongresses McPlanet.com, gemeinsam ausgerichtet von Umwelt- und Globalisierungsbewegung. 2003 Mitgründung des Tax Justice Network beim Europäischen Sozialforum in Florenz, seit Januar 2005 'chair' dessen 'International Steering Committee'.



Uschi Eid, geboren 1949, ist seit 1998 Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und seit 2001 G8-Afrika-Beauftragte des Bundeskanzlers. 1992 bis 1994 Tätigkeit in Eritrea im Auftrag der Deutschen Ausgleichsbank und der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit. Seit 2004 Mitglied des Beratungsausschusses des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu Wasser und sanitärer Grundversorgung.



Thomas Kesselring, geboren 1948, lehrt Ethik und Philosophie an der Universität Bern. Er zeichnet im ersten Teil seines Buches "Ethik der Entwicklungspolitik" die philosophische Diskussion um Entwicklungshilfe und internationale Gerechtigkeit seit den sechziger Jahren nach und analysiert im zweiten Teil neben den weiterführenden, konstruktiven auch die destruktiven und widersprüchlichen Seiten der Globalisierungs-Euphorie der neunziger Jahre.



Wilfried Hinsch ist Professor für praktische Philosophie in Saarbrücken. Promotion mit einer Arbeit über Kants Kategorienduktion. Habilitation mit einer Arbeit über die Grundsätze sozialer Gerechtigkeit. 2002 Fellow am Zentrum für interdisziplinäre Forschung in Bielefeld. Seit 2002 regelmäßige Gastprofessur am College d'Europe in Brügge. Arbeitsschwerpunkte liegen in den Bereichen der Moralphilosophie, politischen Philosophie und der Rechtsphilosophie. Die wichtigsten Buchveröffentlichungen sind: *Erfahrung und Selbstbewusstsein*. *Zur Kategorienduktion bei Kant* (1986), *Zur Idee des politischen Liberalismus* (1997) und *Gerechtfertigte Ungleichheiten. Grundsätze sozialer Gerechtigkeit* (2002).



Moderation

Regina Kreide, geb. 1966, Wissenschaftliche Assistentin am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der J.W. Goethe-Universität Frankfurt/Main, im Arbeitsschwerpunkt "Kultur und Entwicklung". Jüngste Veröffentlichungen: *Poverty and Human Rights Violations* (2005); *Zwischen Deliberation und Verhandlung. Zur Gerechtigkeit globaler und regionaler Menschenrechtsabkommen* (2004); *Deliberation or Negotiation? Remarks on the Justice of Global and Regional Human Rights Agreements* (2004); *Vom höchsten Wert einer gerechten Gesellschaft* (2003).

Samstag, 19. November 2005, 11.45 Uhr – 13.30 Uhr

Streitgespräch 2

Generationengerechtigkeit Gerechtigkeitsverpflichtungen für die Zukunft

mit

Dieter Birnbacher, Uni Düsseldorf

Katrin Göring-Eckardt, MdB, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Jörg Tremmel, Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Christoph Butterwegge, Uni Köln

Winfried Kretschmann, MdL, Fraktionsvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Ba-Wü

Moderation: Manuela Rottmann, DIfU Berlin

"Generationengerechtigkeit" ist ein beliebtes Schlagwort, das sich gerade die Jungen selbst gerne auf die Fahnen schreiben. "Generationengerechtigkeit" erscheint geradezu als die tragende Ideologie jüngerer Politikerinnen und Politiker.

Bezogen auf die Staats- und Sozialversicherungshaushalte definiert der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 2003/2004: "Nachhaltig oder tragfähig ist die Finanzpolitik dann, wenn keine Tragfähigkeitslücke existiert, ihr Wert also null ist." An gleicher Stelle konstatieren die Sachverständigen eine Lücke in Höhe von 330 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Aktuell spielt der Begriff bei der Diskussion um die Reform der Sozialversicherungssysteme in Deutschland eine zentrale Rolle. Solidarprinzip und Generationenvertrag werden auf Grund ungünstiger demografischer Entwicklungen, steigender Kosten und zunehmender Arbeitslosigkeit zunehmend fragil.

Aber was kann Gerechtigkeit zwischen den Generationen eigentlich heißen? Wie können wir gerecht sein gegenüber ungeborenen Menschen, deren besondere Bedürfnisse und Wünsche wir gar nicht kennen und auch nicht kennen können? Und heißt Generationengerechtigkeit tatsächlich im Wesentlichen sparen und konsolidieren? Oder ist es auch im Sinne zukünftiger Generationen, heute zu investieren? Und wie verhält sich eigentlich das heute zum morgen? Haben wir nicht schon heute massive soziale Probleme, die es zu lösen gilt? Was ist mit der Kinderarmut heute? Und was ist mit den Alten, die ja auch Teil der Generationenfrage sind? Und wie lösen wir das alles? Krieg der Generationen? Neuer Generationenvertrag? Eltern gegen Kinderlose? Neue Formen des Zusammenlebens?

Referentinnen und Referenten:



Dieter Birnbacher ist Professor für Philosophie an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. 1974 bis 1985 Mitarbeit in der Arbeitsgruppe Umwelt Gesellschaft Energie an der Universität Gesamthochschule Essen. 1993 – 1996 Professor für Philosophie an der Universität Dortmund. Publikationen zum Thema: *Rawls' Theorie der Gerechtigkeit und das Problem der Gerechtigkeit zwischen den Generationen* (1977); *Plädoyer für eine Ethik der Zukunft* (1979); *Futurologie - Rückblick und Ausblick* (1980); *Elemente einer Ethik der Verantwortung für zukünftige Generationen* (1986); *Zur Frage der Gründe für die Erhaltung der menschlichen Gattung* (1986); *Verantwortung für zukünftige Generationen* (1988); *Intergenerationelle Verantwortung oder: Dürfen wir die Zukunft der Menschheit diskontieren?* (1989); *Ethische Gesichtspunkte langfristiger Klimaschutzpolitik* (1990); *Verantwortung für zukünftige Generationen* (1991); *Verantwortung für zukünftige Generationen - Reichweite und Grenzen* (1999); *Warum soll der Mensch überleben?* (1999); *Zukunftsverantwortung und Generationensolidarität* (2001); *Lässt sich die Diskontierung der Zukunft rechtfertigen?* (2003); *Bedingungen verantwortlicher Zukunftsgestaltung* (2003); *Fernstenliebe oder Was motiviert uns, für die Zukunft Vorsorge zu treffen?* (2004).



Katrin Göring-Eckardt ist Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages. Geboren am 3. Mai 1966 in Friedrichroda (Thüringen). Studium der Theologie. Gründungsmitglied von "Demokratie jetzt" und "Bündnis 90". Bis 1994 Mitarbeiterin in der Landtagsfraktion von "Bündnis 90/Die Grünen". 1995-98 Landessprecherin von "Bündnis 90/Die Grünen" Thüringen. 1996-98 Beisitzerin im Bundesvorstand. 1995-98 Mitarbeiterin des MdB Matthias Berninger. Seit 1998 Bundestagsabgeordnete. 1998 – 2002 Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion "Bündnis 90/Die Grünen". Oktober 2002 - September 2005 Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion von "Bündnis 90/Die Grünen". Seit November 2002 Landessprecherin von "Bündnis 90/Die Grünen" Thüringen.



Jörg Tremmel, geboren 1970, ist wissenschaftlicher Leiter der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen. 2 Lehraufträge an verschiedenen Universitäten: Generationengerechte Politik; Bevölkerungssoziologie. Promotion zum Dr. rer. pol. 2005, Dipl.-Politologe 2003, Dipl.-Kaufmann 1998. Wichtigste Publikationen: *Unternehmensleitbild Generationengerechtigkeit - Theorie und Praxis* (als Mitherausgeber 2005); *Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie* (2003), *Handbuch Generationengerechtigkeit* (als Mitherausgeber 2005); *Der Generationsbetrug* (1995).



Christoph Butterwegge, geboren 1951, ist Professor und Leiter der Abteilung für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln. Seine Buchveröffentlichungen zum Thema: *Kinderarmut und Generationengerechtigkeit* Christoph Butterwegge/Michael Klundt (Hrsg.); *Familien- und Sozialpolitik im Wandel* 2. Aufl. Opladen (Verlag Leske & Budrich, jetzt VS-Verlag für Sozialwissenschaften (2003); *Krise und Zukunft des Sozialstaates* Wiesbaden, VS – Verlag für Sozialwissenschaften (2005); *Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland* Christoph Butterwegge/Michael Klundt/Matthias Zeng (2005).



Winfried Kretschmann, geboren 1948, ist Fraktionsvorsitzender der GRÜNEN im Landtag von Baden-Württemberg. Lehrer für Biologie, Chemie, Ethik. 1986/87 Grundsatzreferent im Hessischen Ministerium für Umwelt und Energie. Mitbegründer der GRÜNEN Baden-Württemberg. 1980-84, 1988-92 und seit 1996 Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg.



Moderation

Manuela Rottmann, geboren 1972, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Urbanistik in Berlin. Sie studierte Rechtswissenschaften in Frankfurt am Main und Aix en Provence und war lange Jahre wissenschaftliche Mitarbeiterin an einem Lehrstuhl für Öffentliches Recht in Frankfurt am Main.

Samstag, 19. Nov. 05, 14.30 – 16.30 Uhr

Abschlusspodium

Auslaufmodell Staat?

Gerechtigkeit und die Rolle des Staates

mit

Reinhard Bütikofer, Vorsitzender Bündnis 90/Die Grünen

Andreas Renner, Minister für Arbeit und Soziales in Baden-Württemberg

Olaf Scholz, MdB, parlamentarischer Geschäftsführer SPD-Bundestagsfraktion

Erhard Eppler, SPD

Herlinde Pauer-Studer, Uni Wien

Moderation: Ralf Fücks, Vorstand Heinrich-Böll-Stiftung

Die Frage nach den Aufgaben und der Gestaltungsfähigkeit des Staates gehört zum Zentrum der Debatte um politische Gerechtigkeit. Was kann, was soll, was muss der Staat für wen an Leistungen erbringen? Und welche Leistungen sind von anderen zu erbringen, von bestimmten Gemeinschaften oder von Individuen in Eigenverantwortung? Um diese Fragen ranken sich ein Großteil der Auseinandersetzungen zwischen Linken, Konservativen und Liberalen.

Die Konservativen orientieren sich traditionell an der Vorstellung vom starken Staat in gesellschaftlichen Belangen und zur staatlichen Zurückhaltung im wirtschaftlichen Bereich bei gleichzeitiger Betonung der substaatlichen Gemeinschaften. Die Liberalen verteidigen die Staatsskepsis in beiden Bereichen, je nachdem eher mit wirtschaftsliberalem oder mit rechtsstaatsliberalem Akzent.

Und die Linke? Hier scheint das Verhältnis bis heute ungeklärt. Die Sozialdemokratie versöhnte Gerechtigkeit mit Demokratie, kämpft jedoch bis heute mit Vorstellungen von der sozialen Allzuständigkeit des Staates. Daneben gab es eine antiautoritäre Linke, die früher dem "Staat" überhaupt den Kampf ansagte und bis heute sehr stark das "Emanzipatorische" betont.

Schließlich kam seit Anfang der 90er die Rede von der "Bürgergesellschaft", von der "Zivilgesellschaft" oder gar von der "zivilen Bürgergesellschaft" in Mode, um die eigene Skepsis gegenüber staatlichen Regulierungsmöglichkeiten zum Ausdruck zu bringen. Begriffe wie "Umverteilung" oder "soziale Sicherheit" wurden aus dieser Perspektive plötzlich als anstößig weil "etatistisch" wahrgenommen.

Blickt man auf diese Geschichte der letzten Jahrzehnte zurück, so lohnt es sich zweifellos, die Frage nach dem Verhältnis von Politik und Staat nochmals neu zu stellen. Vieles spricht dafür, dass wir jetzt an einem Punkt sind, an dem die Bedeutung und die Aufgaben von Staatlichkeit wieder stärker hervortreten. Der ökonomische Druck auf die Nationalstaaten fordert neue, supranationale Regulierungsinstrumente geradezu heraus. In Zeiten der sozialen Verunsicherung wird Freiheit nicht mehr als Gegner von Staatlichkeit und sozialer Sicherheit gesehen, sondern als wechselseitige Bedingung. Möglicherweise geht es nicht um mehr oder weniger Staat, sondern um neue Formen von Staatlichkeit unter den Bedingungen von Globalisierung, Postindustrialismus und Individualisierung. Genügend Streitstoff für die anwesenden Politiker und Wissenschaftlerinnen.

Referentinnen und Referenten



Reinhard Bütikofer, geboren 1953, ist Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen. 1988 zog er für die Grünen in den Baden-Württembergischen Landtag ein, wo er sich als finanzpolitischer Sprecher profilierte. 1997 wurde er zum Landesvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg gewählt. 1998 bis 2002 politischer Bundesgeschäftsführer der Grünen.



Andreas Renner, geboren 1959, seit April 2005 Minister für Arbeit und Soziales in Baden-Württemberg, Behindertenbeauftragter von Baden-Württemberg, 1989 bis 1994 Landesvorsitzender der Jungen Union Baden-Württemberg, seit 1989 Mitglied des CDU-Landesvorstandes Baden-Württemberg, seit 1992 Mitglied des CDUBundesvorstandes, Dezember 1993 bis April 2005 Oberbürgermeister der Großen Kreisstadt Singen (Hohentwiel), September 1997 bis Januar 1999 Mitglied der Enquetekommission "Jugend-Arbeit-Zukunft" des Landtags von Baden-Württemberg, seit März 1999 Vorsitzender der KPV Baden-Württemberg, Mitglied des Präsidiums der CDU Baden-Württemberg.



Olaf Scholz, geboren 1958, ist Mitglied des Bundestags für die SPD. Studium der Rechtswissenschaften, seit 1985 Rechtsanwalt. Von 1990 bis zur Wahl in den 14. Bundestag war er zugleich Syndicus des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften. 1982 bis 1988 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten. 1987 bis 1989 Vizepräsident der "International Union of Socialist Youth". 1994 bis 2000 Vorsitzender der SPD Altona. 2000 bis 2004 Landesvorsitzender der Hamburger SPD. Dezember 2001 Wahl in den Bundesvorstand der SPD. 1998 bis Mai 2001 Mitglied des Deutschen Bundestages (Wahlkreis Hamburg-Altona). Mai 2001 bis Oktober 2001 Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg. Seit dem September 2002 erneut für den Wahlkreis Hamburg-Altona im Deutschen Bundestag. Oktober 2002 bis März 2004 Generalsekretär der SPD. Mitglied im Rechtsausschuss



Erhard Eppler, geboren 1926, war von 1970 bis 1991 Mitglied des Bundesvorstandes, von 1973 bis 1989 Präsidiumsmitglied (ausgenommen 1982-1984) sowie von 1973 bis 1992 Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD. Von 1973 bis 1981 war er Landesvorsitzender der SPD in Baden-Württemberg. Von 1961 bis 1976 war er Mitglied des Deutschen Bundestages. Von 1976 bis 1982 war er dann Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg. Hier war er von 1976 bis 1980 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Am 16. Oktober 1968 wurde er als Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit in die von Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger geführte Bundesregierung berufen. Dieses Amt behielt er auch unter Bundeskanzler Willy Brandt. Nach dem Rücktritt von Willy Brandt im Mai 1974 gehörte er zunächst auch dem von Bundeskanzler Helmut Schmidt geführten Kabinett an. Wegen erheblicher Kürzungen des für sein Ministerium vorgesehenen Haushalts trat er dann aber schon am 8. Juli 1974 zurück. Ausgewählte Publikationen: *Wege aus der Gefahr* (1981); *Die tödliche Utopie der Sicherheit* (1983); *Die Wiederkehr der Politik* (1998); *Privatisierung der politischen Moral?* (2000); *Vom Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt* (2002); *Auslaufmodell Staat?* (2005)



Herlinde Pauer-Studer ist seit 1997 Professorin für Philosophie an der Universität Wien. Publikationen: *Das Andere der Gerechtigkeit. Moraltheorie im Kontext der Geschlechterdifferenz* (1996); *Autonom Leben. Reflexionen über Freiheit und Gleichheit* (2000); *Prinzipien und Tugenden. Eine Einführung in die Ethik* (2003).



Moderation

Ralf Fücks, geboren 1951, ist im Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. 1985-1989 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. 1989 – 1991 Sprecher des Bundesvorstandes der GRÜNEN 1991 kehrte er in die Bremer Politik zurück und wurde Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz sowie Bürgermeister in der Bremer "Ampelkoalition", die 1995 am Konflikt mit der FDP über die Stadtentwicklungs- und Flächenpolitik zerbrach.

Organisatorisches

Zeit Freitag, 18. November 2005, 17.00 - 22.00 Uhr
Samstag, 19. November 2005, 9.30 – 16.30 Uhr

Ort Stuttgart, Literaturhaus, Bosch-Areal, Breitscheidstr. 4

Gebühr für beide Tage 30 €, ermäßigt 15 € (inkl. Verpflegung)
für einen Tag 20 €, ermäßigt 10 € (inkl. Verpflegung)

Leitung Peter Siller, Manuela Rottmann, Gerhard Pitz

Der Kongress ist eine gemeinsame Veranstaltung der baden-württembergischen Landesstiftung und der Bundesstiftung der Heinrich Böll Stiftung.

Kontakt Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg e.V.
Rieckestraße 26, D-70190 Stuttgart
Telefon +49 (0)711 26 339 410, Telefax +49 (0)711 26 339 419
info@boell-bw.de, www.boell-bw.de

Bankverbindung Landesbank Baden-Württemberg, BLZ 600 501 01, Kto 111 085 8

Anmeldung bei der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg

Übernachtung Falls Sie in Stuttgart übernachten wollen, sind wir bei der Zimmervermittlung gerne behilflich.

Alle angemeldeten Personen erhalten rechtzeitig vor Veranstaltungsbeginn eine Anmeldebestätigung mit Hinweisen für die Anreise und zum Programm.

Bei Abmeldung, die nicht mindestens eine Woche vorher mitgeteilt wird, und bei Nichtteilnahme wird eine Bearbeitungs- bzw. Ausfallgebühr in Höhe von 100% des Teilnahmebeitrages erhoben.